



Medienmitteilung

Zürich, 10. März 2022

Beschlüsse der Kommissionen

KPB: Neue Limmatbrücke und Veloschnellrouten in Dietikon sollen bewilligt werden

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat mit 12 zu 3 Stimmen, dem Objektkredit für den Neubau der Limmatbrücke und verschiedene Strassenprojekte in der Stadt Dietikon und den Gemeinden Weiningen und Unterengstringen zuzustimmen ([5699](#)). Die Projekte sind Bestandteil von flankierenden Massnahmen, die im Rahmen des Ausbaus der Nordumfahrung Zürich N1/N20 beschlossen wurden. Eine Kommissionsminderheit beantragt dem Kantonsrat, die Vorlage an den Regierungsrat zur Überarbeitung zurückzuweisen. Aus ihrer Sicht ist die geplante Verkehrsinfrastruktur überdimensioniert und aus Verkehrssicherheitsüberlegungen problematisch.

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich) 079 336 28 82

KPB: Notwendigkeit von studentischem Wohnraum wird anerkannt und unterstützt

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat mit 12 zu 3 Stimmen, das Postulat betreffend Baurecht für studentisches Wohnen auf dem Universitätsgebiet Irchel Süd als erledigt abzuschreiben ([5718](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, zu prüfen, welche Massnahmen es braucht, um auf dem Universitätsgelände studentisches Wohnen zu ermöglichen. Mit der Festsetzung des kantonalen Gestaltungsplans «Campus Irchel» konnte im Sinne des Postulats die planungsrechtliche Grundlage geschaffen werden, um studentisches Wohnen im genannten Gebiet zu ermöglichen. Das grundsätzliche Anliegen des Postulats konnte somit erfüllt werden. Eine Kommissionsminderheit fordert derweil einen Ergänzungsbericht, in dem die rechtlichen Möglichkeiten einer Abgabe im Baurecht an andere öffentliche Organe wie Gemeinden oder gemeinnützige Wohnbauträger zu fairen Konditionen dargelegt und der genaue Wert von Land in Zonen für öffentliche Bauten beziffert werden sollen.

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

KEVU: Neues Energiegesetz macht PI-Forderung weitgehend überflüssig

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) lehnt die parlamentarische Initiative (PI) von Josef Wiederkehr, Altkantonsrat der Mitte, betreffend Energievorschriften einstimmig ab ([KR-Nr. 91/2018](#)). Mit der PI wurde gefordert, dass die Energievorschriften im Gebäudebereich auch durch den Bezug von erneuerbarem Gas erfüllt werden können. Das Kernanliegen der PI wurde mit der Vorlage 5614 (Energiegesetz; Umsetzung der MuKE 2014) bereits aufgenommen, wo es in der Praxis mit vertretbarem Aufwand umgesetzt und kontrolliert werden kann. Im Unterschied zur PI wird die Verwendung von Zertifikaten von erneuerbaren Gasen zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen nicht auch bei Neubauten, aber beim Ersatz von Wärmeerzeugern in bestehenden Bauten ermöglicht.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43



STGK: Ergänzungsbericht zur Integrationspauschale soll abgeschrieben werden

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat [KR-Nr. 87/2017](#) von Kantonsrätin Linda Camenisch (FDP, Wallisellen) betreffend «Verwendung der Integrationspauschale: Personenbezogen und zielorientiert», gestützt auf den Ergänzungsbericht des Regierungsrates als erledigt abzuschreiben ([5559](#)). Mit dem Postulat verlangte die Postulantin, dass der Regierungsrat überprüft, wie die Integrationspauschale des Bundes für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge effizienter eingesetzt werden kann. Nach Einsicht in den Bericht verlangte der Kantonsrat vom Regierungsrat einen Ergänzungsbericht. Die Kommission ist mit der Beantwortung der Zusatzfragen durch den Ergänzungsbericht zufrieden, betont aber gleichzeitig, dass im Zusammenhang mit der Integrationspauschale auch in naher Zukunft weitere Fragen auftreten dürften. Die STGK hat deshalb mit der zuständigen Direktion vereinbart, in der Kommission weiterhin über das Thema informiert zu werden.

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

KBIK: Weitgehende Geschlechtergleichstellung in der kantonalen Kulturförderung

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat betreffend «Geschlechtergleichstellung in der kantonalen Kulturförderung» als erledigt abzuschreiben ([5723](#)). In den kantonalen Fördergremien und bei Preisvergaben ist eine hohe Geschlechterparität erreicht. Das Bewusstsein für diese Themen ist vorhanden und wird weiter gefördert. Defizite bestehen in der Filmbranche, wofür die Zürcher Filmstiftung und darüber hinaus der Bund zuständig sind. Mit der Kulturbotschaft 2021–2024 des Bundes sollen jedoch statistische Daten über den ganzen Kulturbereich erhoben und gestützt darauf konkrete Massnahmen entwickelt werden. Unter Führung von Pro Helvetia arbeitet die kantonale Fachstelle Kultur an einem Monitoring über Kulturinstitutionen und Projekte mit, um die Erkenntnisse schliesslich in ihr Fördersystem einfließen zu lassen.

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

KBIK: Erwachsenenbildung Zürich soll nicht verselbstständigt werden

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, nicht auf das Gesetz über die kantonale Schule für Berufsbildung und Weiterbildung (SBWG) einzutreten ([5739](#)). Damit würde die EB Zürich in eine selbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts überführt, wie es mit der Motion «Mehr Freiheit für die Erwachsenenbildung Zürich» verlangt wurde. Nachdem die EB Zürich ab 2011 kostendeckende Gebühren für ihre Bildungsangebote erheben musste und damit nicht mehr wettbewerbsfähig war, änderte sie ihre Ausrichtung und zog sich weitgehend aus dem Weiterbildungsmarkt zurück. Seit Herbst 2019 konzentriert sie sich auf Nischenangebote in den vier Geschäftsfeldern «Berufliche Zukunft», «Grundkompetenzen», «Digitales Lernen» und «Berufsbildungsprofis». Diese Angebote sind weitgehend Dienstleistungen für den Kanton Zürich. Mit dieser neuen strategischen Ausrichtung soll die EB Zürich als kantonale Berufsfachschule eine Organisationseinheit der Bildungsdirektion bleiben.

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler, (GLP, Elgg), 079 769 34 36

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.